

Sport und Kommunalwahlen

am 13. September 2020

„Politikfähigkeit“ - Sportdialog

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Was ist „Politik“?
3. Was bedeutet Politikfähigkeit?
4. Gesetzliche Grundlagen und Organisationsstrukturen
5. Möglichkeiten der Mitwirkung im lokalen Umfeld
6. Die Bedeutung der Sportvereine in der Kommune und ihre Leistungen vor Ort
7. Die Sportförderung in der Kommune
8. Konsequenzen
9. Wie werde ich sachkundiger Bürger / Bürgerin?

Impressum

Herausgeber:
Kreissportbund Kleve e.V.

Inhalt: Norbert Käfer / Birgit Höhn, im März 2020

Warum sollen sich Sportvereine auf kommunaler Ebene beteiligen? Grundlagen & Argumente für die Mitwirkung in kommunalen Gremien

1. Einleitung

Oft treten vereinzelt Widerstände auf, weil die Funktionsweisen der Organisations- und Entscheidungsstrukturen sowie Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten, Ansatzpunkte und Ansprechpartner vor Ort nicht als alltägliches Handlungswissen vorhanden sind und genutzt werden können. Zudem wird auch oft die Bedeutung einer Mitwirkung an den Prozessen innerhalb der kommunalen Strukturen unterschätzt.

2. Was ist Politik?

Politik bedeutet das Auswählen von Handlungsmöglichkeiten mit der Herstellung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Dabei kann es auch Entscheidungen geben, bestimmte Sachverhalte nicht anzugehen.

3. Was bedeutet Politikfähigkeit?

Der Sport hat viele Jahrzehnte vom Staat, dem Land und den Kommunen sowie auch von privaten Förderern umfangreiche Unterstützung erhalten. Die sog. "Sportfraktion" sicherte seine Bedeutung und seine sozialen und gesundheitsrelevanten Funktionen innerhalb der Gesellschaft. Dieser "Automatismus" ist seit einiger Zeit außer Kraft gesetzt; die Akzeptanz des Sports hat in einigen Bereichen gelitten (u. a. durch Dopingfälle, Manipulation und übersteigerte Kommerzialisierungstendenzen etc.). Die finanziellen Engpässe der Kommunen haben eine Diskussion über größere Eigenleistungen der Sportorganisationen ausgelöst. Die öffentlichen Hände haben z. T. drastische Einschränkungen in der Bereitstellung von Geld, Sachmitteln und Personal für den Sport vollzogen. In den "guten Jahren" beschränkte sich die Interessenvertretung des Sports oft nur auf eine sporadische Kontaktpflege zu den politischen Parteien und das Vorbringen konkreter Einzelvorschläge.

Angesichts der derzeitigen Situation wird daher eine Verbesserung der *Politikfähigkeit* des Sports gefordert. Diese Fähigkeit sowie das Bewusstsein über die Notwendigkeit, sich systematisch über zentrale Forderungen und Prioritäten zu verständigen und diese miteinander wirkungsvoll auf der politischen Ebene einzubringen und durchzusetzen, ist bei Sportvereinen momentan gering ausgeprägt. Wenn die Sportvereine und ihre Vertreter*innen jedoch stärker Politikfähigkeit zeigen sollen, müssen sie ihre gesellschaftlich anerkannten Leistungen und die vorhandenen Sympathiewerte des Sports stärker als bisher in der Öffentlichkeit präsentieren und politisch nutzen, indem sie dem Sport und sich selbst als Mitentscheider einen angemessenen Raum innerhalb der kommunalen, politischen Gremien sichern.

Warum sollen sich also Sportvereine für Politik und den in ihr getroffenen Entscheidungen interessieren bzw. warum sollen sie sich dort engagieren und vernetzen?

Eine aktive Mitwirkung an der sportpolitischen Willensbildung, sowohl in den zuständigen kommunalen Gremien (in dem für den Sport zuständigen Ausschuss, im Jugendhilfeausschuss oder im Schulausschuss), als auch als engagierter Interessenvertreter und Bürger, ist für eine zukunftsorientierte Sport- und Stadtentwicklung notwendig. Das setzt zum einen eigenes Wissen um die Entscheidungsstrukturen auf

kommunaler Ebene voraus, zum anderen auch eine Bereitschaft, sich innerhalb dieser Strukturen bewegen zu wollen. Damit ist es möglich, auf die Politik der Rats- / Kreistags- und Ausschussmitglieder bei ihrer Entscheidungsfindung mehr Einfluss zu nehmen und ihre Arbeit zu unterstützen bzw. kritisch zu begleiten und zu kontrollieren, anstatt als "Zuschauer*in" Entscheidungen "von oben" zur Kenntnis zu nehmen. Ziele und Forderungen aus sportpolitischer und sportfachlicher Sicht müssen gerade von der Seite der Betroffenen, die ja Experten für ihr eigenes Aufgabenfeld sind, explizit formuliert und eingefordert werden. Hier müssen die **Betroffenen zu Beteiligten** gemacht werden. Dazu gehört ebenso die Sicherung des Sports als *verbindliche kommunale Aufgabe*.

Neben der Sicherung der finanziellen Grundlagen der Sportförderung geht es um

- die Sicherung der bisherigen kommunalen Mittel für die Sportförderung, die auch weiterhin dem Sport zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen müssen und nun nicht für anderweitige kommunale Aufwendungen verwendet werden dürfen,
- die Aufgabenschwerpunkte und die inhaltliche Ausfüllung: Sporträume, -angebote, -förderung
- die Sicherung bzw. die sinnvolle Veränderung der Strukturen: Gremien und Ämter in den Kommunen (Sportausschuss – nicht alle Kommunen haben einen Sportausschuss. Die Bildung eines Sportausschusses kann nur am Beginn einer Legislaturperiode beschlossen werden)
- einen gerechten Verteilungsmodus der Fördermittel innerhalb der Sportorganisationen.

Mit der Verbesserung der Politikfähigkeit geht eine Kenntnis über Entscheidungs- und Organisationsstrukturen und -wege ebenso einher wie eine breite Informiertheit über die Situation des Sports in der Kommune, um sich dann mit konkreten Vorschlägen an Meinungsbildungsprozessen, den Entscheidungen und deren Umsetzung zu beteiligen. Neben dem Wissen über die Ressourcen vor Ort (Finanzen, Sportstätten etc.) sind Informationen zur Förderung des Sports und der Sportvereine sowie Möglichkeiten von Kooperationen und Vernetzungen von Bedeutung.

4. Gesetzliche Grundlagen und Organisationsstrukturen

Zum besseren Verständnis der derzeitigen Sportförderung sind die Darstellung der Organisationsstrukturen und die Einordnung des Sports in unserer Gesellschaft hilfreich.

Das *Grundgesetz* der Bundesrepublik enthält (bisher) kein einheitliches Gesetz für den Sport, sondern regelt die Zuständigkeiten.

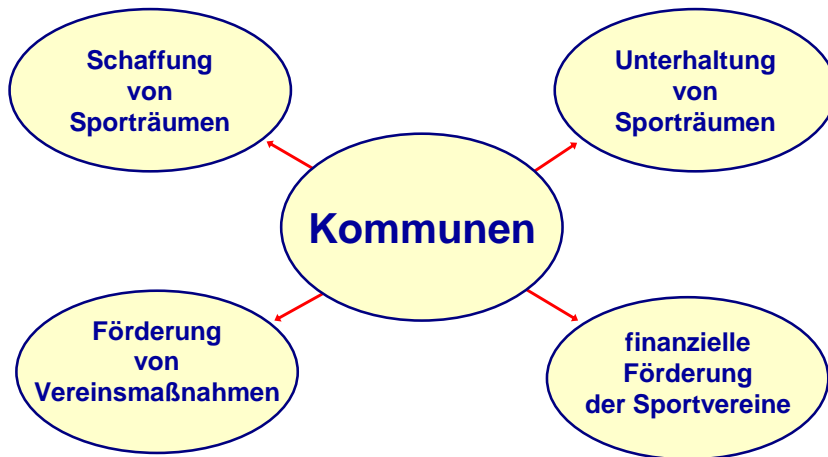
Die Förderung des Sports ist seit 1992 als Staatsziel in der Verfassung des *Landes NRW* verankert, wird jedoch hier nicht genauer definiert.

In der *Gemeindeordnung* Nordrhein-Westfalens findet man zumindest in §18 eine Generalklausel:

„...dass die Gemeinde innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen zu schaffen hat“.

Diese Generalklausel schafft jedoch keine unmittelbare Rechtspflicht der *Kommune* und auch des *Kreises* zur Errichtung von Sportstätten – Anlagen für den Schulsport ausgenommen – oder zur allgemeinen Sportförderung.

Zuständigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden



Die Zuständigkeiten der Kreise, Städte und Gemeinden (siehe Abbildung oben) erstrecken sich auf:

- die Schaffung von Sporträumen und deren Inventar (verpflichtend für die Kommune als Schulträger *nur* im Bereich des Schulsports)
- die Sportstättenunterhaltung (oft ist für die Kommunen die Unterhaltung problematischer als die Investition)
- Förderung der gemeinnützigen Vereine durch Überlassung kommunaler Sporträume
- finanzielle Unterstützung der Vereine durch gezielte Zuschüsse, die in Förderrichtlinien oder Beihilfeordnungen geregelt werden
- Förderung der Jugendarbeit

Der Umfang dieser *freiwilligen* kommunalen Sportförderung hängt davon ab,

- was in der Kommune unter notwendiger Förderung verstanden wird
- wie hoch man die Bedeutung des Sports aus kommunalpolitischer Sicht ist
- ob die Kommune für diese sog. freiwillige Leistung noch einen finanziellen Spielraum hat (die kommunalen Haushalte sind zu 96% von Pflichtaufgaben der Kommune bestimmt)
- welche Priorität dem Sport in den verbleibenden 4% finanziellem Spielraum . eingeräumt wird. Hier konkurriert der Sport mit dem öffentlichen Schwimmbad, der Bücherei, dem Theater und den freiwilligen Leistungen der Jugendhilfe.

5. Möglichkeiten der Mitwirkung im eigenen lokalen Umfeld

- Die Bürger*innen wählen alle 5 Jahre ihre Vertreter*innen für Kreistag, Stadt- bzw. Gemeinderat.
- Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister (in größeren Kommunen: Oberbürgermeisterin/ Oberbürgermeister) und die Landrätin / der Landrat wird ebenfalls direkt gewählt
- Da der Stadt- bzw. Gemeinderat nicht alle Sachprobleme aus fachlicher Perspektive bearbeiten kann, bildet er Fachausschüsse, in denen die Themen beraten und Vorentscheidungen getroffen werden. Diese Vorentscheidungen gehen

als Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss, dann in den Rat. Auf der Kreisebene gehen diese Empfehlungen in den Kreisausschuss, dann in den Kreistag.

- Dem Jugendhilfeausschuss kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Dies ist der einzige Ausschuss dessen Entscheidungen bindend in den Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde geht oder in den Kreisausschuss und anschließend in den Kreistag. Achtung: nicht jede Kommune hat einen Jugendhilfeausschuss! Nur Kommunen mit eigenem Jugendamt im Kreis Kleve haben einen eigenen Jugendhilfeausschuss, so in Emmerich, Goch, Kleve, Kevelaer. Für alle anderen Kommunen des Kreise entscheidet der Jugendhilfeausschuss des Kreistags.

Jeder Rat entscheidet, in welchem Ausschuss die Angelegenheiten des Sports behandelt und entschieden werden, es gibt in den einzelnen Kommunen unterschiedliche Konstellationen, wie z. B. ein

- Sportausschuss und / oder
- Sport- und Bäderausschuss oder
- Kultur- und Sportausschuss oder
- Schulausschuss u. a. m.

Darüber hinaus sind die Angelegenheiten der Jugend - auch der Sportjugend - im Jugend(hilfe)-ausschuss (als Pflichtausschuss) zu behandeln. Aus dieser kommunalpolitischen Struktur ist ersichtlich, dass es mehrere, für den Sport relevante Entscheidungsträger*innen, und damit auch mehrere mögliche Ansprechpartner gibt.

Bei dem Ablauf der Entscheidungsprozesse ist zu beachten, dass

- die *Exekutive* (Kommune = Verwaltung) eine beratende, vorbereitende Funktion hat und Informationen und Vorschläge zur Entscheidungsfindung liefert. Sie erstellt Verwaltungsvorlagen zur Entscheidung in den politischen Gremien (Rat, Ausschüsse).
- die *Legislative* (politische Gremien) entscheidet und gibt Aufträge zur Ausführung an die Verwaltung.

Die Verwaltung ist in der Lage, durch die Präsentation von Form und Inhalt der Informationen und Vorlagen die Entscheidung zu beeinflussen („Vorentscheider“).

Gemeindeordnung NRW:

Darüber hinaus ermöglicht die Gemeindeordnung NRW (GO) seit 1994 weitere aktive Mitsprachemöglichkeiten bei kommunalpolitischen Themen. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern das Recht, in einer Vielzahl kommunaler Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Durch dieses Element direkter Demokratie können sie auf ihr lokales Umfeld Einfluss nehmen mit dem Ziel, sachgerechte Lösungen zu finden und die richtigen Beschlüsse zu fassen.

Diese sind auch für Sportvereine interessant, weil sie zusätzliche Möglichkeiten eröffnen, z.B.

- §58 Einbeziehung sachkundiger Bürger

6. Die Bedeutung der Sportvereine in der Kommune und ihre Leistungen vor Ort

Der Staat als Träger öffentlicher Belange hat bei weitem nicht die Ressourcen, um alle Aufgaben in ausreichendem Maße zu erfüllen. Er bekommt Hilfe durch eine Vielzahl von freien Trägern öffentlicher Belange, die als Organisationen, Institutionen und Vereine Aufgaben der Gesellschaft in eigener Verantwortung übernehmen.

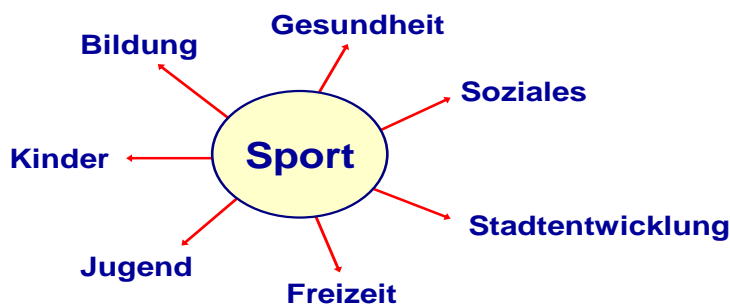
Beispiele:

- im sozialen Bereich: kirchliche Organisationen bauen und unterhalten Kindergärten, Altenheime, u. a.
- im kulturellen Bereich: Heimatvereine pflegen Brauchtum, Theatergruppen und Kunstvereine unterstützen und pflegen die städtische Kulturarbeit, Musikschulen tragen zur musikalischen Ausbildung bei.

Der Sportverein nimmt hierbei eine besondere Stellung ein. Er erfüllt sowohl im kulturellen als auch im sozialen Bereich Aufgaben des Staates. Die Tatsache, dass die freien Träger öffentliche Aufgaben erfüllen, begründet neben hoher Anerkennung auch die Berechtigung und Notwendigkeit der öffentlichen Förderung.

Wegen seiner pädagogischen und gesundheitlichen Bedeutung ist der Sport eine öffentliche Aufgabe. Das Schaubild zeigt das Engagement des Sports in den einzelnen Sektoren einer Kommune. Es macht deutlich, dass der Sport eine *Querschnittsaufgabe* erfüllt.

Sport als öffentliche Aufgabe



Eine Querschnittsaufgabe in der Kommune

In den einzelnen Sektoren ergeben sich für die Arbeit von Sportvereine im Hinblick auf die einzelnen Bereiche folgende Bezugspunkte, Inhalte und Aktivitäten, in denen die Leistungen des Sports deutlich werden:

Bildung: Sportvereine

- ergänzen die oft unzureichenden Schulsportangebote
- sind Orte des handlungsbezogenen Lernens in der Kommune. In einer Zeit, in der Schlüsselqualifikationen wie kooperatives Handeln, Teamorientierung und der Besitz von Sozialkompetenz für das Leben so wichtig ist, bedeutet Sporttreiben und Engagement im Verein ein wichtiger Teil erfolgreicher Lebensvorsorge
- engagieren sich im Bereich der *Offenen Ganztagschule* und übernehmen hier wichtige gesellschaftliche Aufgaben

Kinder: Sportvereine

- bieten eine wertvolle Hilfestellung für die Entwicklung von Kindern schon ab dem Vorschulalter und auch im Zeitalter von immer mehr Einelternfamilien
- immer mehr Kinder können nicht rückwärts laufen oder einen Purzelbaum machen. Viele Kinder haben Übergewicht.
- reduzieren die Krankheitsquoten aufgrund von Bewegungsmangel.

Jugend: Sportvereine

- bieten der Jugend einen Ort zu Erlebnis, Abenteuer und die Chance, ihre eigenen Grenzen zu erleben.
- sind Orte, in denen gewaltfreier Wettbewerb und Grundsätze des Fair Play erfahren werden können
- ermöglichen ein Generationen übergreifendes Miteinander; um die bestehende und noch wachsende Kluft zwischen Jung und Alt zu vermindern
- können einen wesentlichen Beitrag in der Suchtprävention sein.

Die Sportjugend ist die *größte Jugendorganisation*, auch in der Kommune.
Mit 18 Jahren sind oder waren 80% aller Jugendlichen in einem Sportverein.

Freizeit: Sportvereine

- sind in der Stadt bedeutende Anbieter für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.
- bieten Angebote im nichtkommerziellen Zusammenhang

Stadtentwicklung: Sportvereine

- und ihre Angebote gelten auch als „weicher Standortfaktor“, genau wie gute Schulen und Weiterbildungseinrichtungen, Verkehrsverbindungen und Kultur- und Freizeitangebote. Die Wirtschaft braucht auch diesen wichtigen Faktor, denn der Sport ist inzwischen zu einem beachtenswerten Wirtschaftsfaktor geworden und die Aktivitäten in den Vereinen ihre Basis.

Soziales: Sportvereine

- bieten Kindern und Jugendlichen Chancen, soziales Verhalten zu lernen und zu üben und machen Demokratie erlebbar
- bedeuten ein bewährtes Konzept gegen Isolierung und Vereinsamung. Bei zunehmender „Überalterung“ der Bevölkerung kommt dem Sportverein eine große Bedeutung zu.
- ermöglichen eine Integration von ausländischen Mitbürgern. „Sport kennt keine Grenzen!“ Sport bracht nicht viel Sprache!

Gesundheit : Sportvereine

- bieten wichtige Angebote im Rahmen einer notwendigen Gesundheitsförderung. Angesichts steigender Kosten im Gesundheitssystem und einer gleichzeitigen Zunahme an Zivilisationskrankheiten gewinnen die Sportangebote der Vereine als vorbeugende Maßnahmen immer mehr an Bedeutung.
- bilden eine wichtige Ergänzung im Bereich des Therapie- und Rehabilitationsangebotes einer Stadt.
- sind ernstzunehmende Anbieter von qualitativ hochwertigen Gesundheitsprogrammen, die für alle Zielgruppen bezahlbar sind

7. Die Sportförderung in der Kommune

Die Sportförderung in der einzelnen Kommune ergibt sich aus den hier vor Ort verabschiedeten Sportförderrichtlinien und Beihilfeordnungen in Abhängigkeit vom Etat. Wie hoch dann die tatsächliche freiwillige Förderung des Sports ausfällt, auch darüber muss in einer Kommune verhandelt werden.

Seit dem Jahr 2004 erhalten die Kommunen eine *Sportstättenförderungspauschale* nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz in Höhe ca. 55 Mio. € (mindestens 60.000 € pro Gemeinde). Diese wird nach einem von den politischen Gremien beschlossenen Verteilungsmodus (häufig liegt ein Ratsbeschluss zugrunde) für die Finanzierung der kommunalen Sportaufwendungen und die Förderung des Vereinssports verwendet (der

Schulsport muss durch die Schulpauschale gefördert werden!). Die Zuwendungen durch die Sportpauschale ersetzen die bisherigen freiwilligen Leistungen der Kommune allerdings nicht, diese sind auch weiterhin als grundlegende Mittel für den Sport beizubehalten.

Ein wichtiges Instrument, um die Sportförderung gerade in Zeiten, in denen die freiwilligen Leistungen aufgrund von schwierigen kommunalen Haushaltssituationen stärker zurückgefahren werden, auch zukünftig zu gewährleisten und zu sichern, ist der *Pakt für den Sport*. Dieser legt die Leitlinien mit den Zielen, Inhalten, Zielgruppen und Angeboten für eine zukünftige Sportentwicklung fest. Dabei bezieht er verschiedene Dimensionen und Aspekte wie Stadtentwicklung, Gesundheit, Jugend, Sportstätten-situation etc. mit ein, um mit allen beteiligten Akteuren in einem Netzwerk Grundlagen für den Sport in der Kommune vor Ort zu schaffen, die als verbindliche Festschreibung, als kontinuierlicher Verbesserungsprozess angelegt, in einem Pakt formuliert sind.

Eine Sportförderung vor Ort wird durch weitere Instrumente und Maßnahmen wie einem *Sportentwicklungsbericht (SEB)* und dem daraus resultierenden *Sportentwicklungsplan (SEP)* mit seinen Entwicklungsfeldern und einem *Sportstättenplan* oder *-atlas* begleitet, in einigen Kommunen existieren diese schon länger und werden hilfreiche Planungsgrundlagen verwendet.

8. Konsequenzen

In einigen Kommunen im Kreis Kleve treten die bisherigen Bürgermeister*/innen nicht mehr an – es steht eine Neuwahl an bzw. es treten weitere Kandidaten*innen zur Wahl an..

Für den Sport bedeutet dies, dass mit einer neuen kommunalen Leitung auch eine Frage nach einer neuen Struktur und einer neuen Verteilung der kommunalen Mittel - nicht nur der Sportpauschale – anfällt.

Dazu muss der Sportverein schon vor der Wahl der kommunalen Spitze wissen, was geplant ist.

Wir fordern die Sportvereine in ihren jeweiligen Kommunen auf, einen „Wahlabend“ mit allen, die Bürgermeisterin/ Bürgermeister in ihrer Kommune werden wollen zu führen.

9. Wie werde ich sachkundiger Bürger / Bürgerin?

Die sachkundigen Bürger*innen werden von den Fraktionen benannt. Es kommt darauf an, ob die Fraktion bereit ist, einen sachkundigen Bürger / eine sachkundige Bürgerin , die nicht in ihrer Partei ist, als „Experte“ anzuerkennen.

Der Sport sollte darauf drängen, dass die Angelegenheiten des Sports nur unter Hinzuziehen von sachkundigen Bürgern /Bürgerinnen aus dem Sportbereich beraten werden.

Was ist zu tun?

1. Mit den Kandidaten/innen mögliche Termine (bestenfalls drei Termine) absprechen und sich auf einen Termin einigen
2. Einen geeigneten Raum für den „Wahlabend“ suchen
3. Alle Sportvereine der Kommune zu diesem „Wahlabend“ einladen – hierzu nicht nur die Vorstandsmitglieder sondern auch alle interessierte Vereinsmitglieder (Zeitung / Internet / soziale Medien als Information einsetzen)
4. Einen Moderator bzw. eine Moderatorin suchen, der / die das Gespräch leitet
5. Örtliche Presse zu benachrichtigen und einladen
6. Plakate mit der Einladung zum Besuch der Veranstaltung zur allgemeinen Information in der Gemeinde aushängen

Wie soll der Abend ablaufen?

1. Als ersten Schritt haben alle Kandidaten/innen die Möglichkeit sich kurz vorzustellen (Lebenslauf, Motivation zur kommenden Aufgabe)
2. In der zweiten Runde ist die Frage nach dem Bezug zum Sport allgemein zu beantworten: Wie stehen sie zum Sport bzw. haben sie aktiv Sport betrieben oder sind sie sogar noch aktiv?
3. Im dritten Teil sollen Aussagen zum Sport in der Kommune gemacht werden:
 - Was schwebt ihnen vor, wie der Sport in unserer Kommune weiter gefördert werden kann? (ideell sowie materiell)
 - Werden sie in unserer Kommune einen Ausschuss einrichten, der sich speziell mit dem Sport befasst?
 - Sind sie bereit unter der Rubrik „Sachkundiger Bürger“ einen Vereinsfunktionär zu beauftragen und somit in den entsprechenden Ausschuss zu berufen?

Beteiligung aller Anwesenden zum Gespräch

Unter der Leitung des Moderators bzw. der Moderatorin haben nun alle Anwesenden die Möglichkeit, ihre Fragen an die Kandidaten zu stellen.

Wenn recht viele Fragen vorliegen, so sollten diese inhaltlich gebündelt werden.

Die eventuellen „Wahlversprechen“ sollten zum Schluss durch den Moderator / die Moderatorin zusammengefasst in geeigneter Form, z.B. per E-Mail an die Sportvereine der Kommune zur allgemeinen Kenntnisnahme weitergeleitet werden.

Schön wäre es zusätzlich, wenn der Kreissportbund Kleve eine Information über den Ablauf der Veranstaltung sowie die Ergebnisse zur Kenntnis erhält.